

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	179
		TOP:	3
	Verhandlung	Drucksache:	950/2019
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	17.12.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	Wettbewerbsverfahren Neuer Stadtraum B14 - Auslobung		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 03.12.2019, öffentlich, Nr. 160
Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 26.11.2019, GRDRs 950/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Durchführung des im Entwurf der Auslobung vorgeschlagenen Wettbewerbsverfahrens wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Wettbewerb entsprechend dem vorgeschlagenen Zeitplan und Verfahren durchzuführen. Von den Inhalten der Auslobung wird zustimmend Kenntnis genommen (Anlage 1 - 3).

Gleichzeitig aufgerufen wird der gemeinsame Antrag der Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei und der Fraktionsgemeinschaft PULS vom 16.12.2019, Nr. 1262/2019.

Bevor BM Pätzold das Wort an die Antragsteller übergibt, weist er auf das zustimmende Votum aller beteiligten Bezirksbeiräte (Ost, Süd, Mitte) hin.

Anschließend erläutert StR Ozasek (FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) den gemeinsam mit der Fraktionsgemeinschaft PULS gestellten Antrag Nr. 1262/2019 und wirbt um Zustimmung.

BM Pätzold unterstreicht, es gehe bei diesem Wettbewerbsverfahren um den öffentlichen Raum, weshalb er ein großes Fragezeichen setze bezüglich der Ziffer 1 dieses Antrags. Was die Ziffer 4 angeht, so könne man Logistik-Hubs entlang dieser Straße vorsehen, doch sei die Frage, ob es nicht Thema eines gesonderten Verfahrens sein muss, weil es eigentlich um eine stadtweite Abdeckung des Themas alternative Logistikkonzepte gehe.

StR Winter (90/GRÜNE) schickt voraus, seine Fraktion sei froh, dass die Auslobung nunmehr auf den Weg kommt. Was eine Deutlichmachung des Verkehrsaufkommens bzw. der -flächen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) angeht stimme er den Antragstellern insofern zu, als man die "Zirka-Formulierung" konkreter fassen könnte. Der Ziffer 1 c könne man daher zustimmen. Würde man den Lärm aufnehmen, so würde viel für eine Überdeckelung oder Ähnliches sprechen, was dem widersprechen würde, dass man keine Festlegung in dieser Richtung will. Auch sehe er diesen Wettbewerb nicht im Vordergrund, was die Logistikflächen angeht, wobei zu sagen sei, dass es "drum herum" gute Ideen dazu gebe, z. B. mit Teilen des Planie-Tunnels. Seiner Fraktion gehe es in erster Linie um den Gewinn an öffentlichem Raum.

Auch StR Kotz (CDU) freut sich darüber, dass dieses Projekt nun endlich angegangen wird, und hofft auf eine Umsetzung. Die Freude werde jedoch getrübt, weil die Vorlage nach fester Überzeugung seiner Fraktion keine Antwort gibt, wie man zu weniger als 50 % bzw. zu 50 % des Verkehrs kommen will und somit Schritt 2 vor Schritt 1 getan werde. Auch gebe es im Rat keine Mehrheiten, um z. B. Umgehungsstraßen zu schaffen, die Verkehr von dieser Straße aufnehmen. Zwar teile man die Sichtweise, die Verkehrsmengen dort reduzieren zu können, aber nicht um 50 %. Würde man dies in die Auslobung schreiben, werden nach seiner Überzeugung Entwürfe eingehen, "die so aussehen werden wie das, was bei Aufbruch Stuttgart gezeigt wurde". Im Grundsatz finde er diese Entwürfe zwar schön, jedoch sei es völlig unrealistisch, dass eine Umsetzung in den nächsten 5, 10 oder 15 Jahren erfolgen kann. Um auch in der Öffentlichkeit keine falschen Hoffnungen zu wecken, lehne seine Fraktion die Vorlage ab.

Darüber, dass der Auslobungstext nunmehr vorliegt, sei auch seine Fraktion erfreut, so StR Körner (SPD). Nichtsdestotrotz habe die Verwaltungsspitze der Öffentlichkeit im Dezember 2017 vorgestellt, dass der Wettbewerb 2018 stattfinden soll. Man bedauere die Verspätung um zwei Jahre, weil man es als außerordentlich hilfreich empfunden hätte, eine städtebauliche Idee von diesem Stadtraum zu haben, bevor Entscheidungen z. B. über Abriss und Neubau des Kulissengebäudes getroffen werden. Konkret bezogen auf den Auslobungstext werden auf S. 30 die Entwicklungspotenziale für den Bereich Charlottenplatz und Gebhard-Müller-Platz beschrieben. Er fragt, aus welchem Grund die Turnhalle an der Schillerstraße, die Teil des Wettbewerbsgebietes ist, dabei nicht erwähnt wird. Die SPD-Fraktion hätte es zudem für sinnvoll und der Bedeutung des Themas für angemessen gehalten, diesen Wettbewerb entlang von Grundstücken, bei denen das Land Baden-Württemberg sehr häufig Eigentümerin ist, gemeinsam mit dem Land zu machen.

Weiter bittet der Stadtrat um eine Änderung der auf S. 22 beschriebenen Gesichtspunkte, auf welche die Entwürfe besonders eingehen sollen. Diese hätten mit städtebauli-

chen Zielen zu tun. So werde unter Punkt 5 die Gestaltung von Stadtplätzen angesprochen. Charlottenplatz und Gebhard-Müller-Platz seien heute vor allem nur Verkehrsräume, aber nicht wirklich Plätze, zu denen aus seiner Sicht auch städtebauliche Kanten gehören. Unter anderem heiÙe es in Punkt 5, dass bestehende Grünflächen gesichert werden sollen. "Entweder man will eine Platzbildung, und manchmal passt das mit den Grünflächen. Aber an der Ecke Gebhard-Müller-Platz, Ecke Schillerstraße/Willy-Brandt-StraÙe ist eine Grünfläche, wo aus unserer Sicht dringend eine Kante hingehört. Deshalb wäre es uns recht, wenn wir das in irgendeiner Form etwas offener formulieren könnten. Schließlich ist es ja ein Wettbewerb, wo wir auch Ideen präsentiert haben wollen, insbesondere auch zum Gebhard-Müller-Platz, insbesondere im Zusammenhang mit der Sanierung der Oper. Ich will daran erinnern, dass in verschiedenen Ausstellungen z. B. auch Gebäude geplant sind an dieser Ecke. Und wir sind auch der Auffassung, dass im Akademiegarten (S. 31 der Auslobung) zumindest mal in dem Wettbewerb, ich formuliere jetzt einmal etwas offener, vielleicht auch durchlässigere, vielleicht auch etwas schlankere Baustrukturen aus unserer Sicht dargestellt werden sollen. Auch weil das historisch mal so war bis an die damalige Neckarstraße bzw. auch entlang der Planie mit einer Randbebauung. Das hatte ja auch seinen städtebaulichen Grund. Dass wir dann die Klimafrage auch betrachten müssen und z. B. mal eine Klimafluss-Modellierung erstellen müssen, die es bisher ja gar nicht gibt, ist für uns klar." Er bittet darum, die Formulierung auf S. 31 "... ist deshalb von Gebäuden freizuhalten" zu streichen. Somit bleibe im Wettbewerbsverfahren noch die Möglichkeit zu entscheiden, ist es ein guter Entwurf oder ist es ein schlechter Entwurf.

StR Serwani (FDP) bekräftigt seine ablehnende Haltung zur Vorlage aus den von StR Kotz vorgetragenen Gründen. Auch wenn die Bezirksbeiräte der Vorlage zugestimmt haben, so blieben doch viele Fragen offen.

StR Zeeb (FW) befürchtet, dass die Teilnehmer an diesem Wettbewerb total überfordert sein werden. Die Politik mache so viele Wünsche und Vorgaben, und es hätten "weltweite Architektenkollegen ihre Duftmarken setzen dürfen. Er pflichtet StR Körner bei in Bezug auf eine klare Angabe der Stadtplätze. "Wenn ich einen Platz haben will, dann brauche ich Raumkanten, sonst ist es kein Platz. Und da muss ich schon klarer formulieren, ob ich einen Platz oder eine Baumschule haben möchte an der Stelle." Er äußert die Sorge, dass kein städtebaulicher, architektonischer Wettbewerb zum Wohle des Stuttgarter Stadtbilds gemacht wird mit Schwerpunkt auf das Umfeld der Oper, sondern ein politischer Wettbewerb gemacht wird, "wo wir Luftschlösser bauen lassen, wo wir möglicherweise das Land nicht als Mitspieler, sondern als Gegenspieler haben". Aus all diesen Gründen könne er dem Ganzen in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

StR Körner bittet darum, auf S. 22 unten die Formulierung "Aufwertung der bestehenden Grünflächen" zu verwenden anstatt "Sicherung der bestehenden Grünflächen". Was die Seite 31 und den Akademiegarten angeht, laute die Bitte, den zweiten Absatz ersatzlos zu streichen. Die Begründung sei, im Wettbewerb eine Offenheit dafür zu haben, verschiedene Entwürfe für diesen Ort zu präsentieren.

StR Winter ist verwundert bezüglich des Wunsches den Akademiegarten betreffend, da man schon oft darüber diskutiert und seines Erachtens auch eine eindeutige Haltung dazu gefunden hatte. Weite Teile des Rates können sich dort auch eine Kantenbebauung nicht vorstellen. Er halte dies für richtig und angesichts der notwendigen Klimaanpassung für zeitgemäß. Seines Erachtens ist der Formulierung "Der Akademiegarten hat eine wichtige Funktion für das Stadtklima" allenfalls anzufügen "und ist deshalb von

Gebäuden freizuhalten". Was den Änderungsantrag zur S. 22 angeht, so gehe es ihm darum, dass es eine Grünfläche bleibt, weshalb man die Formulierung "Sicherung" für richtig halte.

StR Körner wendet sich vehement dagegen, dass die Ecke Schillerstraße/Willy-Brandt-Straße in jedem Fall als Vorgabe für den Wettbewerb Grünfläche bleiben muss. Es gehe schließlich um Städtebau, wozu auch gehöre, Gebäude zu bauen. Auch in der Bürgerbeteiligung sei stets der Wunsch geäußert worden, dass aus den Verkehrsplätzen wirkliche Plätze werden.

StR Ozasek erinnert an die Klimaszenarien, mit denen man konfrontiert sei, was den City-Raum angeht. Daher müssten dort dringend mehr Grün-Strukturen entstehen. Auch die Frage der Durchströmung der Stuttgarter City sei von entscheidender Bedeutung. Diese Durchströmung werde sich ohnehin abschwächen durch die konzentrierte Entwicklung auf dem Rosenstein, sodass auch der Schadstoffaustrag Richtung Neckar erheblich beeinträchtigt werde. Aus seiner Sicht sei klar, dass wenn die Verkehrsflächen vermindert sind und die SPD von einem schlanken Baukörper spricht, dieser schlanke Baukörper dann auf das Gebiet der heutigen B14 platziert werden könnte. Der Akademiegarten als solcher müsse unbedingt erhalten bleiben.

Zur These vom Land als Gegenspieler sei man der Meinung, dass auch das Land ein erhebliches Interesse daran haben muss, die Luftschadstoffsituation dort zu bewältigen. Dazu könne dieser Wettbewerb einen wesentlichen städtebaulichen, verkehrsplanerischen Impuls setzen, der zur Problembewältigung beiträgt. Er sehe daher nicht, dass sich das Land als Gegenspieler positionieren wird. Der Wettbewerb habe gute Anlagen, und die Fraktionsgemeinschaft sei der Auffassung, dass man mit sehr guten und großen Würfeln rechnen kann und davon ausgehend gute Lösungen realisieren können wird. Zum Thema der City-Logistik weist er darauf hin, dass Wirtschaftsverkehre einen erheblichen Anteil der Verkehrsbelastung innerhalb der City ausmachen. Daher werbe man dringend dafür, alternative City-Logistik zu integrieren in den Auslobungstext.

BM Thürnau ruft dazu auf, bei der Auslobung dringend darauf zu achten, dass der Städtebau mit dem Betrachten der Realitäten beginnt. Beispielhaft greift er aus der Diskussion die Stichworte "50 % weniger Verkehr" und "Bebauung der Ecke Schiller-/Willy-Brandt-Straße" heraus. Wenn man solche Themen in die Auslobung nimmt, so müsse im Wettbewerb geklärt werden, wie z. B. diese Ecke zu überbauen geschehen soll. "Wir wissen alle, wie es da drunter aussieht. Es hilft uns und Ihnen doch nicht, wenn hinterher einer ein Wettbewerbsergebnis macht mit einer schönen Bebauung dort, und er kriegt möglicherweise gar keine Gründung hin, weil da X Stadtbahnkanäle darunter verlaufen und Sonstiges. Das ist meine große Bitte, denn das Ergebnis eines Wettbewerbs ist nachher in der Öffentlichkeit, das ist in der Bevölkerung, dann wird es diskutiert, und dann kommt möglicherweise, wenn man das Ergebnis umsetzen will, egal ob das die Eckbebauung ist oder 50 % weniger Verkehr auf dieser Straße, das böse Erwachen, das funktioniert gar nicht. Und dann stehen wir alle ziemlich dumm da!"

BM Pätzold betont, aus diesem Grund wolle die Verwaltung hinterher eine Überarbeitung des Wettbewerbsergebnisses mit einer Darstellung, wie es in der Umsetzung und Machbarkeit geschehen kann. An StR Körner gewandt weist er mit Blick auf die Ecke am Akademiegarten darauf hin, dass eine Überbauung dort nicht gegründet werden kann. Den Büros sei gesagt worden, dass es um die Bereiche neben dem Stadtraum geht. Deshalb und aus den Erfahrungen bisheriger Wettbewerbe, wo die Büros den

Auslobungstext wesentlich freier interpretiert haben, gehe er davon aus, dass es sehr wohl Vorschläge dafür geben wird. Er mache sich daher auch keine Sorgen um die Offenheit des Wettbewerbs, wo insbesondere das Hauptziel definiert wird.

Die Turnhalle an der Schillerstraße sei nicht explizit genannt worden, da sie bisher als Platzhalter dort steht. Wie sie im Gebäudekomplex steht, spiele hier keine Rolle, da es nur um die Anbindung des Platzes in diesem Bereich geht und nicht um den Wettbewerb Schillerstraße. Ziel sei es, dass auch die Randbereiche betrachtet und Vorschläge gemacht werden, wie die Stadträume verknüpft werden können. Die Verknüpfung sei seines Erachtens eines der wesentlichen Elemente. Neben einem Überweg gebe es andere städtebauliche Mittel dafür.

Als Sachpreisrichter seitens der Fraktionen wurden bzw. werden auf Nachfrage des Vorsitzenden benannt: StR Winter (90/GRÜNE), StR Kotz (CDU), StR Ozasek (FrAKTION), n. n. (SPD), StR Serwani (FDP), als stellvertretende Sachpreisrichter: StR Peterhoff (90/GRÜNE), StR Dr. Vetter (CDU), StR Zeeb (FW), StR Dr. Mayer (AfD), StR Puttenat (PULS). StR Körner bittet darum, den Namen der oder des Vertreters bzw. der Vertreterin seiner Fraktion nachreichen zu können.

BM Pätzold lässt zunächst über den Antrag von FrAKTION und PULS, getrennt in die einzelnen Antragsziffern, abstimmen. Er stellt fest, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik

die Ziffer 1 a bei 3 Ja-Stimmen mehrheitlich ablehnt (0 Enthaltungen),
die Ziffer 1 b bei 3 Ja-Stimmen mehrheitlich ablehnt (0 Enthaltungen),
der Ziffer 1 c mit 7 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zustimmt,
der Ziffer 2 mit 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich zustimmt,
der Ziffer 3 mit 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich zustimmt,
die Ziffer 4 mit 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen mehrheitlich ablehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den mündlich gestellten Antrag von StR Körner, auf S. 22, letzter Punkt von unten, den Auslobungstext zu ändern in "**Aufwertung** der bestehenden Grünflächen und Ergänzung von mehr Grün im öffentlichen Raum" ("Sicherung" wird ersetzt durch "Aufwertung") sowie die Streichung des Satzes zum Akademiegarten auf S. 31, Abs. 2.

BM Pätzold stellt fest, dass dieser Änderungsantrag mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen ist.

StR Körner formuliert seinen Änderungsantrag, den Akademiegarten bzw. die Kanten an der B14 und an der Planie betreffend (S. 31, Absatz 2), wie folgt (Änderungen sind im Fettdruck dargestellt):

"Der Akademiegarten hat eine wichtige Funktion für das Stadtklima und ist deshalb von Gebäuden freizuhalten. **Gebäudekanten an der B14 bzw. an der Planie dürfen aber dargestellt werden.**"

StR Kotz könnte mit dem Antrag mitgehen, sofern die Formulierung lautet "Gebäudekanten an der B14 und an der Planie **sind vorstellbar.**" StR Körner ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

StR Zeeb bittet darum, von einer Abstimmung heute abzusehen und die Ergebnisse der heutigen Diskussion zunächst in den Auslobungstext einzuarbeiten. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Verschiebung problematisch sei wegen der Folgetermine. So sei für den 05.02.2020 bereits die Preisrichtervorbesprechung terminiert, die nächste STA-Sitzung finde jedoch erst am 21.01.2020 statt. Er bittet daher um erneute Abstimmung über den Änderungsantrag zur S. 31, Abs. 2, der nunmehr lautet:

"Der Akademiegarten hat eine wichtige Funktion für das Stadtklima und ist deshalb von Gebäuden freizuhalten. **Gebäudekanten an der B14 und an der Planie sind vorstellbar.**"

Er stellt fest, dass der STA diesem Änderungsantrag mit 8 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich zustimmt.

Abschließend lässt er über die GRDRs 950/2019 mit der Maßgabe der oben dargestellten Änderungen abstimmen und stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

II. nachrichtlich an:

1. Herrn Oberbürgermeister
2. S/OB
Strategische Planung
S/OB-Mobil
3. Referat AKR
Kulturamt (2)
4. Referat AKR
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
5. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
6. Referat T
Tiefbauamt (2)
7. BVin Mitte, Ost,
BV Süd
8. Rechnungsprüfungsamt
9. L/OB-K
10. Hauptaktei

III. 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

2. CDU-Fraktion
3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
4. SPD-Fraktion
5. FDP-Fraktion
6. Fraktion Freie Wähler
7. AfD-Fraktion
8. Fraktionsgemeinschaft PULS